



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

„Nicht-Europa“: Die Kosten der unvollendeten europäischen Integration

„Im Gegensatz zu den demagogischen Vorstellungen, die in zahlreichen Ländern der EU von gewissen politischen Strömungen [...] verbreitet werden, sind die derzeitigen wirtschaftlichen Probleme nicht auf „Exzesse der Brüsseler Eurokraten“ zurückzuführen, sondern darauf, dass die europäische Integration grundsätzlich noch nicht vollendet ist.“

Georgios Dassis, Berichterstatter der EWSA Stellungnahme „Kosten des Nicht Europa“

Einleitung

Bei der Debatte darüber, wie sich die Krise in der Europäischen Union und in der Eurozone bewältigen lässt – wobei einige unken, dass das gesamte europäische Projekt in sich zusammenbrechen wird – halten nur wenige einen Moment inne, um sich zu fragen, wo die Europäer heute ohne die EU stünden – wenn sie in 27 verschiedenen, zueinander in Konkurrenz stehenden Ländern mit 27 unterschiedlichen Standards und Politiken leben würden.

Welche Kriterien stehen zur Verfügung als Beweis dafür, dass es den Europäern aufgrund der Vorteile, die ihnen die EU bereits gebracht hat, besser geht und dass eine verstärkte europäische Integration die sinnvollste und tragfähigste Lösung ist? Wie lassen sich die jetzt und in der Zukunft entstehenden Kosten des „Nicht-Europa“ messen?

In den letzten Jahren hat sich der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss aktiv mit diesen Fragen beschäftigt und die europäischen Institutionen dazu angehalten, eine fundierte Bewertung vorzunehmen, die sich nicht nur auf wirtschaftliche Faktoren, sondern auf eine umfassende Analyse des Wohlbefindens der Bürger in ganz Europa stützt.

Die Politik der Europäischen Union

Der italienische Wirtschaftswissenschaftler Paolo Cecchini führte 1988 für die Europäische Kommission eine Studie über die Kosten des Nicht-Europa im Hinblick auf den Binnenmarkt durch und kam zu dem Schluss, dass sich durch die Beseitigung der Handelshemmnisse das BIP um 4,5 % bis 7 % steigern ließe und 2 bis 5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Diese Studie spielte eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Nun, nahezu ein Vierteljahrhundert später, stehen erneut die Kosten eines unvollendeten Integrationsprojekts auf der Tagesordnung, nicht nur, weil diese Frage eine wichtige Rolle dabei spielt, einen Weg aus der Finanzkrise zu finden, sondern auch, weil sie von wesentlicher Bedeutung für die Europa-2020-Strategie für Wachstum und Beschäftigung und eine Einigung über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 der EU ist.

Im Dezember 2010 beschloss das Europäische Parlament, eine neue ausführliche Studie durchzuführen. Der entsprechende Bericht wird derzeit von einem Konsortium unter Leitung der London School of Economics ausgearbeitet. Auch die Kommission sieht ein ehrgeiziges Forschungsprojekt vor. Die Ergebnisse dieser Analysen werden die Vorbereitung der Binnenmarktakte II untermauern.

„Trotz ihrer signifikanten Erfolge und ihrer wachsenden Bedeutung hört die Europäische Union nicht auf, an sich zu zweifeln und zweifeln zu lassen.“

Henri Malosse, Vorsitzender des Unterausschusses „Kosten des Nicht-Europa“

Die Position des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Der EWSA ist der Ansicht, dass die EU den Schlüssel zur Wiederankurbelung der Wirtschaft in Händen hält, und ermahnt die europäischen Entscheidungsträger, das Vertrauen in Europa durch eine verstärkte politische und wirtschaftliche Integration und Solidarität wiederherzustellen. In seiner neuen Stellungnahme zum Thema „Für eine aktualisierte Analyse der Kosten des Nicht-Europa“ fordert der Ausschuss eine Bewertung durch die EU, die über den Binnenmarkt hinausgeht, eine Berechnung sämtlicher Kosten, die durch die Nichtvollendung der Wirtschafts- und Währungsunion entstehen. „Diese Kosten sind bereits jetzt äußerst hoch und könnten noch steigen, wenn nichts unternommen wird“, stellt der EWSA fest. Er drängt darauf, anders an die Frage heranzugehen und zu untersuchen, wie eine verstärkte Integration den Bürgern in einer Reihe verschiedener Bereiche größtmögliche Vorteile bringen und Europa dazu verhelfen kann, den Herausforderungen der Globalisierung gerecht zu werden.

Nach Auffassung des EWSA lässt sich der Mehrwert der europäischen Einheit nicht in bloßen finanziellen Statistiken ausdrücken. Die Maßnahmen und Ausgaben auf EU-Ebene sollten nicht nur das Kosten-Nutzen-Verhältnis verbessern, sondern der Gesellschaft auch größere Vorteile bringen als auf nationaler Ebene unternommene Anstrengungen. Dank der europäischen Dimension lassen sich die Mittel der Mitgliedstaaten effizienter nutzen und die Gesamtkosten durch ein gemeinsames Ressourcenmanagement und größenbedingte Kosteneinsparungen senken, da sie Dienstleistungen bietet, die Länder oder Regionen als Einzelne nicht bieten könnten.

In einer Stellungnahme aus dem Jahr 2010 zur Gemeinschaftsmethode im Bereich der EU-Governance weist der EWSA auf weitere positive Merkmale der europäischen Integration hin, wie offene und demokratische politische Debatten unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und die effektive Kontrolle der Umsetzung von Entscheidungen.

Einsparungen in allen Bereichen

In der neuen Stellungnahme wird eine ganze Reihe von Bereichen hervorgehoben, in denen unnötige Kosten entstehen und Europa nicht in der Lage ist, seine weltweite Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, weil keine echte wirtschaftliche und politische Union vorhanden ist und die Ausgaben nicht gemeinsam getätigt werden. Hierzu gehören die Bereiche Verteidigung, Diplomatie, Zoll, Grenzschutz, Katastrophenschutz, Bekämpfung von Betrug und organisierter Kriminalität, Energie, Umweltschutz, Forschung und Entwicklung, Sozialpolitik und Steuern. „Eine Senkung der Kosten in all diesen Bereichen ist [...] eine reine Frage des politischen Willens.“

Um nur das Beispiel der Energieversorgung zu nennen: Durch die Schaffung eines EU-weiten Stromnetzes, das in der Lage

ist, natürliche Energieträger wie die Wind- und Wellenkraft in Großbritannien und die Sonnenenergie in Spanien zu nutzen, könnte die Rechnung der europäischen Energiekunden bis 2020 um 110 Mrd. EUR gesenkt werden.

Die Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten beliefen sich 2010 auf knapp 200 Mrd. EUR, doch Experten halten die Kapazitäten in diesem Bereich noch immer für „bruchstückhaft und allgemein wenig effizient.“ Durch echte Zusammenarbeit ließen sich bis zu 13 Mrd. EUR einsparen.

Was die Sozialpolitik anbelangt, fordert der EWSA größere Konvergenz, um „zu vermeiden, dass eine Verschärfung sozialer Ungleichgewichte und eine allgemeine Zunahme der Armut sich letztlich zu erheblichen Hemmnissen für ein starkes, ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum entwickeln.“

Eine Antwort auf die Sparpolitik

Infolge des gegenwärtigen Drucks, der auf einige Mitgliedstaaten ausgeübt wird, um sie zu einem Schuldenabbau – häufig durch strenge Sparmaßnahmen – zu bewegen, vertiefen sich derzeit die Gräben. Der Ausschuss stellt die Frage: „Wie sollen sie dies bewerkstelligen, ohne das Wachstum zu opfern, das die Finanzmärkte im Übrigen fordern?“ Um eine „Abwärtsspirale“ zu verhindern, die zu Armut und Elend führt, muss die EU die Ausgaben stärker auf europäischer Ebene vergemeinschaften und eine ehrgeizigere europäische Politik verfolgen.

„Dies würde es der Union ermöglichen, einen positiven Kreislauf des Wachstums einzuleiten, sich eine starke wirtschaftliche, industrielle und technologische Identität in dem globalisierten Umfeld zu schaffen und unser Sozialmodell zu wahren, das in großem Maße dazu beigetragen hat, Europa zu dem zu machen, was es heute ist.“

Der EWSA fordert die Kommission auf, die Kosten des Nicht-Europa in allen Wirtschaftszweigen und ihre Wirkung auf die Beschäftigung und das Wachstum in die Europa-2020-Strategie einfließen zu lassen, indem darin fakten gestützte Daten, ein Aktionsplan, konkret bezifferte Ziele für die Senkung sinnloser Kosten und Verfahren für eine systematische Bewertung der erzielten Fortschritte aufgenommen werden.

Es kann derzeit keine Rede vom Niedergang Europas sein, denn die Verwirklichung der Union ist immer noch im Gange und birgt enormes bislang unausgeschöpftes Potenzial. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel sprach von größerer Solidarität als Ausgleich für den Souveränitätsverlust der einzelnen Länder. Die EU-Mitgliedstaaten befinden sich an einem Scheideweg und es ist an der Zeit, einen mutigen Entschluss zu fassen und das europäische Integrationsprojekt zu vollenden.

Weitere Informationen

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss:
<http://www.eesc.europa.eu>

„Ihr Entscheidungsträger, tut etwas! Die Bürger wünschen sich Frieden und Würde. Nutzt das enorme Potenzial von 500 Millionen Europäern. Ihr dürft sie nicht enttäuschen.“

Henri Malosse